

432794-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Bauleistungen im Hochbau – Standortentwicklung Münster - Neues

Verwaltungsgebäude der Unfallkasse NRW

OJ S 139/2024 18/07/2024

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung
Bauleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Unfallkasse Nordrhein-Westfalen

E-Mail: d3bfm@uknrw.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer regionalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Sozialwesen

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Standortentwicklung Münster - Neues Verwaltungsgebäude der Unfallkasse NRW

Beschreibung: Der zu vergebende Auftrag beinhaltet Planungs- und Abrissleistungen sowie die schlüsselfertige und betriebsbereite Errichtung des neuen Verwaltungsgebäudes in Münster sowie den Betrieb und Instandhaltungs-/Instandsetzungsleistungen des Verwaltungsgebäudes über voraussichtlich 25 Jahre.

Kennung des Verfahrens: 3f2f23d8-6705-43f7-a34b-c16559c0e437

Interne Kennung: 063-2024-D-WAL

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

Zentrale Elemente des Verfahrens: Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern: Die Auftraggeberin wird zur Auswahl der Bewerber bzw.

Bewerbergemeinschaften in 3 Stufen vorgehen: 1) Formelle Prüfung des Teilnahmeantrags, 2)

Überprüfung der Eignung des Bewerbers bzw. der Bewerbergemeinschaft anhand der in der Bekanntmachung genannten Eignungsanforderungen, 3) Auswahl der Bewerber, die die

Eignungskriterien am besten erfüllen: Die Auftraggeberin wird zur Abgabe eines Angebotes die Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften auffordern, die die Eignungsanforderungen am besten erfüllen (Ranking). Sie behält sich vor, nur die 3 - 5 besten Bewerber aufzufordern,

auch wenn mehr Bewerber die Eignungsanforderungen erfüllen. Bei Ermittlung des Rankings wird die Auftraggeberin wie folgt vorgehen: Bei Ermittlung des Rankings wird die

Auftraggeberin insbesondere die von den Bewerbern genannten Referenzen und deren Vergleichbarkeit mit dem vorliegenden Beschaffungsvorhaben berücksichtigen. Maßgeblich sind die genannten Angaben und Nachweise. Die Bewertung erfolgt in einem relativen

Vergleich der Bewerber miteinander. Hierbei handelt es sich um Auswahl-, nicht um

Zuschlagskriterien. Bewerber werden gebeten, Rückfragen zum Teilnahmeantrag

ausschließlich über die Vergabepattform einzureichen. Die Auftraggeberin wird alle Fragen

und Antworten auf der Vergabepattform anonymisiert zur Verfügung stellen. Bewerbungen für

Teilleistungen sind nicht möglich. Fragen können bis 7 Kalendertage vor Ablauf der

Teilnahmefrist gestellt werden. Rechtsgrundlage: Richtlinie 2014/24/EU vob-a-eu -

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Bauleistungen

Haupteinstufung (cpv): 45210000 Bauleistungen im Hochbau

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 90911200 Gebäudereinigung, 50700000 Reparatur und Wartung von Einrichtungen in Gebäuden

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Unfallkasse Nordrhein-Westfalen Salzmannstraße 156

Stadt: Münster

Postleitzahl: 48159

Land, Gliederung (NUTS): Münster, Kreisfreie Stadt (DEA33)

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXPNYBCDUKR

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vob-a-eu -

2.1.6. Ausschlussgründe

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Konkurs: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Korruption: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vergleichsverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative

Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Betrugsbekämpfung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Zwingende bzw. fakultative

Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Zahlungsunfähigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative

Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.:

Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Entrichtung von Steuern: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Standortentwicklung Münster - Neues Verwaltungsgebäude der Unfallkasse NRW
Beschreibung: Die Auftraggeberin beabsichtigt, die Leistungen für Planung, Abriss sowie die schlüsselfertige und betriebsbereite Errichtung des neuen Verwaltungsgebäudes der Unfallkasse Nordrhein-Westfalen in Münster (Salzmannstraße 156/158, Münster) sowie den Betrieb und Instandhaltungs-/Instandsetzungsleistungen des Verwaltungsgebäudes über voraussichtlich 25 Jahre im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft (ÖPP) zu vergeben. Das Verwaltungsgebäude und die Außenanlagen sind vom Auftragnehmer nach den Vorgaben der funktionalen Leistungsbeschreibung Bau ("LB Bau") zu planen und zu errichten. Dabei soll voraussichtlich der DGNB Gold Standard ebenso erreicht werden wie der EGB 40 Standard und das Grundstück soll flächeneffizient genutzt werden. Ziel der Auftraggeberin ist ein modernes Verwaltungsgebäude, dass nicht nur den höchsten Ansprüchen an Barrierefreiheit etc. im Rahmen der Vorbildfunktion der Auftraggeberin genügt, sondern auch eine moderne Arbeitswelt ermöglicht. Zu vereinbarten Meilensteinen (während der Bauzeit) sind Abschlagszahlungen vorgesehen. Das Gebäude und die Außenanlagen sind für einen Zeitraum von 25 Jahren ab mängelfreier Übergabe nach den Vorgaben der funktionalen Leistungsbeschreibung in Betrieb zu halten und zu betreiben. Der Abriss des Bestandsgebäudes Salzmannstraße 156 sowie die Planung, der Bau und der Betrieb des Neubaus soll der Auftragnehmer übernehmen. Teile des Bestandsgebäudes Salzmannstraße 156/158 sollen während der Bauphase als Interimslösung für die Beschäftigten der Auftraggeberin genutzt werden, wobei die Details (z.B. Betriebsleistungen für das Interim) Gegenstand des Verhandlungsverfahrens sind. Planungs- und Baukosten werden aus Eigenmitteln der Auftraggeberin getragen. Derzeit geht die Auftraggeberin von einem Bauvolumen des Gebäudes mit circa 4.400 m² Nutzfläche und von einer daraus resultierenden Brutto-Grundfläche von circa 6.800 m² aus. Insgesamt soll das Gebäude für 220 Arbeitsplätze ausgerichtet sein. Die baulichen Maßnahmen zur Aufnahme der Nutzung des neuen Verwaltungsgebäudes durch die Auftraggeberin sollen voraussichtlich bis zum 4. Quartal 2027 abgeschlossen sein. Der vom Auftragnehmer als ÖPP-Partner zu erbringende Auftragszeitraum besteht aus der Planungs- und Bauphase sowie der Betriebsphase. Mit der Zuschlagserteilung beginnt die Planungs- und Bauphase. Mit Abnahme des Gebäudes beginnt die 25-jährige Betriebsphase. Die Auftraggeberin behält sich insbesondere vor, die obigen Vorgaben im Laufe des Verhandlungsverfahrens zu präzisieren, zu ändern, zu ergänzen oder zu reduzieren.

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Bauleistungen

Haupteinstufung (cpv): 45210000 Bauleistungen im Hochbau

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 90911200 Gebäudereinigung, 50700000 Reparatur und Wartung von Einrichtungen in Gebäuden

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Unfallkasse Nordrhein-Westfalen Salzmannstraße 156

Stadt: Münster

Postleitzahl: 48159

Land, Gliederung (NUTS): Münster, Kreisfreie Stadt (DEA33)

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/07/2025

Enddatum der Laufzeit: 31/12/2052

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: nein

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

Zusätzliche Informationen: 1. Ausreichend ist die Abgabe des Teilnahmeantrages in Textform (§ 126b BGB) über das in Ziffer 5.1.11 genannte Vergabeportal. Nähere Informationen stehen

auf der Startseite des in Ziffer 5.1.11 genannten Vergabeportals zur Verfügung. Zur

Formwahrung muss die Teilnahmeerklärung die Firma des Bewerbers/ des bevollmächtigten Bewerbergemeinschaftsmitglieds ausweisen. Eine Unterschrift oder Signatur ist nicht

erforderlich. Bewerber werden gebeten, im Teilnahmeantrag einen Ansprechpartner mit

Namen, Adresse, E-Mail, Telefon- und Faxnummer zu benennen. Die gesamte

Kommunikation zwischen Auftraggeber und Bewerbern findet ausschließlich über das in Ziffer 5.1.11 genannte Vergabeportal statt. Die Auftraggeberin wird alle Fragen und Antworten auf

dem in Ziffer 5.1.11 genannten Vergabeportal anonymisiert zur Verfügung stellen. 2.

Mehrfachbewerbungen, als Einzelbewerber sowie als Mitglied einer/mehrerer

Bewerbergemeinschaften (BG) sind nicht zulässig. Soweit mehrere Unternehmen iRd Vergabe miteinander kooperieren (z. B. über ein gemeinsames Tochterunternehmen, als

Nachunternehmer oder im Rahmen einer BG), behält sich die Auftraggeberin vor, Nachweise dafür zu fordern, dass die Kooperation als Ganzes sowie die Teilnahme der einzelnen

Unternehmen an der Kooperation zulässig ist, insbesondere keine unzulässige

wettbewerbsbeschränkende Abrede getroffen wurde. Für jeden Teilnehmer der Kooperation

wäre dann zu begründen, inwieweit sein Entschluss zur Teilnahme an der Kooperation eine im

Rahmen von zweck-mäßigen und kaufmännisch vernünftigen Handelns liegende

Entscheidung ist, z. B. weil der jeweilige Teilnehmer zur Zeit der Bildung der Kooperation

überhaupt nicht oder jedenfalls zu dieser Zeit nicht über die erforderliche Kapazität zur

Durchführung des hier ausgeschriebenen Auftrages verfügt oder aus anderen Gründen erst

die Kooperation den jeweiligen Teilnehmer in die Lage versetzt, ein erfolversprechendes

Angebot abzugeben. 3. Die Bildung von BG ist bis zur Abgabe des Teilnahmeantrages

möglich. Die Angaben zur Zusammensetzung der BG sind grundsätzlich bindend. Ein Austausch einzelner Mitglieder der BG vor Auftragsvergabe bedarf der Zustimmung der Auftraggeberin. Die Abgabe von Angeboten durch BG ist nur bei gesamtschuldnerischer Haftung mit bevollmächtigtem Vertreter möglich. Bei der Eignungsprüfung wird die BG als Ganzes beurteilt. 4. Die Auftraggeberin wird die von dem Bewerber übermittelten Informationen vertraulich behandeln und die anwendbaren Vorschriften zum Datenschutzrecht beachten. Dies gilt insbesondere für personenbezogene Informationen, die im Zusammenhang mit der Angabe von Referenzen an die Auftraggeberin weitergegeben werden. 5. Verfahrensablauf: Anhand der im Teilnahmewettbewerb eingereichten Unterlagen und den dort festgelegten Auswahlkriterien wählt die Auftraggeberin die aus ihrer Sicht geeigneten Bewerber aus und fordert diese zur Abgabe eines ersten, unverbindlichen indikativen Angebotes auf. Gegenstand der Angebotsaufforderung ist neben der technischen Leistungsbeschreibung ein erster ausformulierter Entwurf des mit dem obsiegenden Bieter zu schließenden Leistungsvertrages. Die Bieter haben die Möglichkeit, die Vergabeunterlagen durch die Angabe von Optimierungsvorschlägen mitzugestalten. Im Anschluss an die Prüfung der indikativen Angebote führt die Auftraggeberin Verhandlungsgespräche mit den ausgewählten Bietern durch. Ziel ist es, die Anforderungen an die Bau- und Betriebsleistungen sowie den zu schließenden Vertrag mit allen Bietern zu verhandeln, so dass am Ende vergleichbare Angebote zu erwarten sind. Nach Abschluss der Verhandlungsgespräche übersendet die Auftraggeberin den Bietern die abschließenden Vergabeunterlagen. Auf dieser Grundlage fordert sie die Bieter zur Abgabe letztverbindlicher Angebote auf. Den Bietern wird im Vorfeld mitgeteilt, welche Vorgaben zu beachten sind. Die Auftraggeberin prüft und bewertet die letztverbindlichen Angebote nach Maßgabe der mitgeteilten Zuschlagskriterien. 6. Bewerber sollten die auf der in Ziff. 5.1.11 genannten Website hinterlegten Vordrucke für ihre nach der Bekanntmachung erforderlichen Eigenerklärungen verwenden. Die Auftraggeberin behält sich vor, fehlende Unterlagen gemäß § 16a EU Abs. 3 VOB/A nachzufordern. Auf die Nachforderung besteht abweichend von § 16a EU Abs. 1 VOB/A kein Rechtsanspruch.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag sollen die Bewerber möglichst folgende Unterlagen vorlegen (bei Bergewerkgemeinschaften von jedem Mitglied). Um formale Fehler zu vermeiden, wird die Nutzung der von der Auftraggeberin zur Verfügung gestellten Formblätter empfohlen. a) Formlose Eigenerklärung, aus der hervorgeht, dass: - keine Ausschlussgründe im Sinne des §§ 6e EU VOB/A vorliegen bzw. erfolgreiche Selbstreinigungsmassnahmen im Sinne von § 6f EU VOB/A durchgeführt worden sind; - der Bewerber in das einschlägige Berufsregister (Handelsregister oder Handwerksrolle) oder ein vergleichbares Register (Standeskammern etc.) des Herkunftslandes eingetragen ist sowie für seine Betriebshaftpflichtversicherung, seine Krankenkasse(n) und seine Berufsgenossenschaft rückstandslos Beiträge entrichtet hat sowie seinen steuerlichen Verpflichtungen nachgekommen ist. b) Bergewerkgemeinschaften sollen zusätzlich eine Erklärung abgeben, aus der hervorgeht, dass kein Verstoß gegen das Kartellrecht vorliegt, und dass keine unzulässigen wettbewerbsbeschränkenden Absprachen getroffen wurden. c) Eigenerklärung Russland-Sanktionen (nach Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833

/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 20 der Verordnung (EU) 2023/2878 des Rates vom 18. Dezember 2023 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren. Die Auftraggeberin behält sich vor, fehlende Unterlagen gemäß § 16a EU Abs. 3 VOB/A nachzufordern. Auf die Nachforderung besteht abweichend von § 16a EU Abs. 1 VOB/A kein Rechtsanspruch. Bewerber sollten die auf der in Ziffer 5.1.11 genannten Website hinterlegten Vordrucke verwenden.

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag sollen die Bewerber möglichst folgende Unterlagen vorlegen (bei Bietergemeinschaften von jedem Mitglied). Um formale Fehler zu vermeiden, wird die Nutzung der vom AG zur Verfügung gestellten Formblätter empfohlen: a) Angabe der Gesamtumsätze sowie Angabe der Umsätze mit Leistungen, die mit dem vorliegenden Auftragsgegenstand vergleichbar sind (d.h. zu Planung, Bau und Instandhaltung), jeweils der letzten bis zu 5 abgeschlossenen Geschäftsjahre; Bewerbergemeinschaften werden als Ganzes betrachtet. b) Erklärung, dass der Bewerber eine Betriebshaftpflichtversicherung mit den später vertraglich geforderten Deckungssummen für Personenschäden, Sachschäden und Vermögensschäden unterhalten bzw. im Auftragsfall abschließen wird. Die Auftraggeberin behält sich vor, fehlende Unterlagen gemäß § 16a EU Abs. 3 VOB/A nachzufordern. Auf die Nachforderung besteht abweichend von § 16a EU Abs. 1 VOB /A kein Rechtsanspruch. Für den Fall, dass ein Bewerber einzelne Unternehmen als Nachunternehmer einsetzen möchte, wird auf die Möglichkeit der Eignungsleihe und die in § 6d EU VOB/A genannten Voraussetzungen hingewiesen. Wenn und soweit sich der Bieter auf die Eignung des Nachunternehmers beruft, sind mit dem Teilnahmeantrag insbesondere eine Verpflichtungserklärung des Nachunternehmers, dass dieser seine Ressourcen und Kapazitäten dem Bewerber im Auftragsfall zur Verfügung stellt, sowie die erforderlichen Referenzen und/oder Nachweise des Nachunternehmers einzureichen. Bewerbergemeinschaften werden bei der Eignungsprüfung als Ganzes betrachtet.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag sollen die Bewerber möglichst folgende Unterlagen vorlegen (bei Bewerbergemeinschaft von mindestens einem Mitglied). Um formale Fehler zu vermeiden, wird die Nutzung der vom AG zur Verfügung gestellten Formblätter empfohlen: a) Referenzen über ausgeführte Projekte der letzten bis zu 5 Jahre, die mit dem vorliegenden Auftragsgegenstand vergleichbar sind, bei denen der Bewerber als direkter Vertragspartner der Auftraggeberin - ggf. gemeinsam mit weiteren Unternehmen in einer Arbeitsgemeinschaft - tätig war. Hierzu gehören (ggfs. in die folgenden Teilleistungen aufgeteilt) - allgemeine Koordinationsleistungen als Hauptvertragspartner für Planung, Bau und Be-trieb, - Generalplanerleistungen, - Bauüberwachungsleistungen, - Bauleistungen, - Betriebsleistungen. Bei den Referenzen bittet die Auftraggeberin um die folgenden Angaben: 1) Jahr der Bauausführung (laufende Ausführung oder Fertigstellung), 2) Art und Größe des Bauwerks (Nutzungsart und BGF), 3) Umfang der Betriebsleistungen des im Lebenszyklus-/PPP-Modell errichteten Gebäudes (z. B. infrastrukturelle Betriebsleistungen), 4) konkret vom Bewerber/Eignungsverleiher erbrachten Leistungen, 5) zur vertraglichen Laufzeit der Betriebsleistungen und zur bisherigen Laufzeit der erbrachten Betriebsleistungen, 6) Auftragswert - getrennt in Bau- und Betriebsleistungen (brutto) (bei den Baukosten KG 200, 300, 400, 500). Daraus sollte sich ergeben, dass insgesamt mind. zwei vergleichbare

Referenzprojekte mit einem Auftragswert von jeweils mind. 20 Mio. EUR für die Planungs-/Bauleistungen realisiert wurden, wobei die Betriebsleistungen noch nicht abgeschlossen sein müssen, jedoch schon seit mindestens fünf Jahren erbracht werden. Vergleichbar sind Referenzprojekte zur schlüsselfertigen Errichtung von Büro-/Verwaltungsgebäuden sowie vergleichbaren Einrichtungen als Total- und/oder Generalunternehmer (Bau möglichst inkl. Ausführungsplanung) sowie Betrieb dieses Gebäudes. Die Planungs-/Bauleistungen und Betriebsleistungen müssen sich nicht zwingend auf dasselbe im Lebenszyklus-/ÖPP-Modell errichtete Gebäude beziehen. Sofern erforderlich, um einen ausreichenden Wettbewerb sicherzustellen, werden auch einschlägige Leistungen berücksichtigen, die mehr als 5 Jahre zurückliegen. b) Formlose Eigenerklärung, in der der Bewerber / die Berggemeinschaft erklärt, ob und welche Leistungsbereiche er/sie im Auftragsfall mithilfe von Nachunternehmern erbringen wird. Die Auftraggeberin behält sich vor, fehlende Unterlagen gemäß § 16a EU Abs. 3 VOB/A nachzufordern. Auf die Nachforderung besteht abweichend von § 16a EU Abs. 1 VOB/A kein Rechtsanspruch. Für den Fall, dass ein Bewerber einzelne Unternehmen als Nachunternehmer einsetzen möchte, wird auf die Möglichkeit der Eignungsleihe und die in § 6d EU VOB/A genannten Voraussetzungen hingewiesen. Wenn und soweit sich der Bewerber auf die Eignung des Nachunternehmers beruft, sind mit dem Teilnahmeantrag insbesondere eine Verpflichtungserklärung des Nachunternehmers, dass dieser seine Ressourcen und Kapazitäten dem Bewerber im Auftragsfall zur Verfügung stellt, sowie die erforderlichen Referenzen und/oder Nachweise des Nachunternehmers einzureichen. Bewerber sollten die auf der in Ziffer 5.1.11 genannten Website hinterlegten Vordrucke verwenden. Berggemeinschaften werden bei der Eignungsprüfung als Ganzes betrachtet

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Qualität

Beschreibung: Die Auftraggeberin bewertet die Qualität der Angebote. Details werden nach dem Teilnahmewettbewerb bekanntgegeben

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 55

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Wertungsrelevant ist die von dem Bieter im Preisblatt angegebene Gesamtwertungssumme. Bewertet wird dabei der Bruttobarwert der Lebenszykluskosten. Der Bruttobarwert deckt alle Preise für Planungs-, Bau- und Betriebsleistungen über die gesamte Vertragslaufzeit ab. Details werden nach dem Teilnahmewettbewerb bekanntgegeben

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 35

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Risiken und Sicherheiten

Beschreibung: Wenn und soweit die Verhandlungen ergeben sollten, dass in einem späteren Verfahrensstadium die Angebote unterschiedliche Sicherheiten für die technische, wirtschaftliche und/oder rechtliche Vertragserfüllung enthalten, sind diese unterschiedlich zu werten. Das gilt beispielsweise für unterschiedlich belastbare Vorkehrungen für Risiken, Einschränkungen der Nutzbarkeit, Insolvenzgefahren und insbesondere für etwaige unterschiedliche Vertragsklauseln, beispielsweise zu Haftung, Gewährleistung oder Bürgschaften. Details werden nach dem Teilnahmewettbewerb bekanntgegeben.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)
Zuschlagskriterium — Zahl: 10

5.1.11. **Auftragsunterlagen**

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 08/08/2024 00:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.evergabe.nrw.de/VMPSatellite/notice/CXPNYBCDUKR/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.evergabe.nrw.de/VMPSatellite/notice/CXPNYBCDUKR>

5.1.12. **Bedingungen für die Auftragsvergabe**

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.evergabe.nrw.de/VMPSatellite/notice/CXPNYBCDUKR>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 15/08/2024 12:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Auftraggeberin behält sich vor, fehlende Unterlagen gemäß § 16a EU Abs. 3 VOB/A nachzufordern. Auf die Nachforderung besteht abweichend von § 16a EU Abs. 1 VOB/A kein Rechtsanspruch.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Die Bedingungen für die Ausführung des Auftrags ergeben sich aus der Bekanntmachung und den Vergabeunterlagen.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. **Techniken**

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. **Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung**

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Rheinland mit Sitz bei der Bezirksregierung Köln

Informationen über die Überprüfungsfristen: Das Verfahren für Verstöße gegen diese Vergabe richtet sich nach den Vorschriften der §§ 160 ff. des Gesetzes gegen

Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Zur Wahrung der Fristen wird auf die §§ 160 ff. GWB verwiesen. Insbesondere weisen wir darauf hin, dass der Nachprüfungsantrag gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB spätestens 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung der

Auftraggeberin, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, zu stellen ist. Vergabeverstöße sind nach § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 GWB vor Einreichen des Nachprüfungsantrags innerhalb von 10 Kalendertagen, nachdem der Bieter den Verstoß erkannt hat, bei der Auftraggeberin zu rügen. Vergabeverstöße, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind darüber hinaus gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 GWB spätestens bis zum Ablauf der Teilnahmefrist nach Ziffer 5.1.12) bei der Auftraggeberin zu rügen.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Unfallkasse Nordrhein-Westfalen

TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Unfallkasse Nordrhein-Westfalen

Registrierungsnummer: 05111-51001-16

Postanschrift: Moskauer Straße 18

Stadt: Düsseldorf

Postleitzahl: 40227

Land, Gliederung (NUTS): Düsseldorf, Kreisfreie Stadt (DEA11)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Tobias Büschken

E-Mail: d3bfm@uknrw.de

Telefon: 021190241285

Fax: +49 21190241181

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland mit Sitz bei der Bezirksregierung Köln

Registrierungsnummer: DE812110859

Postanschrift: Zeughausstraße 2-10

Stadt: Köln

Postleitzahl: 50933

Land, Gliederung (NUTS): Köln, Kreisfreie Stadt (DEA23)

Land: Deutschland

E-Mail: VKRheinland@bezreg-koeln.nrw.de

Telefon: +49 2211473045

Fax: +49 2211472889

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung
:
6a60cde1-5102-4f3f-b732-a6b39f085e9d-01
Hauptgrund für die Änderung
:
Aktualisierte Informationen
Beschreibung
:
Unter Ziffer 5.1.6 wurden zusätzliche Angaben hinzugefügt.

10.1. Änderung

Beschreibung der Änderungen: Ergänzte Informationen unter Ziffer 5.1.6

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: bbea240c-52ea-4db1-9b31-f6490a8bf459 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 17/07/2024 13:34:05 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 432794-2024
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 139/2024
Datum der Veröffentlichung: 18/07/2024